

Wahlprüfsteine und Antworten der CDU-Fraktion

Freie Wissenschaft, starke Demokratie

Wie werden Sie die Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Universitäten als unverzichtbare Orte der Demokratiebildung und des kritischen Denkens verlässlich schützen und stärken?

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut und ihr Schutz grundgesetzlich garantiert, denn nur das freie und kritische Denken bringt Erkenntnis und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Diese Freiheit durch eigenständig agierende Hochschulen zu stärken trägt in Baden-Württemberg auch wesentlich die Handschrift der CDU.

Eine starke und verlässliche Grundfinanzierung bietet die beste Basis zur Sicherung der Unabhängigkeit der Hochschulen. Mit der Hochschulfinanzierungsvereinbarung III (HoFV III) sind die Hochschulen in Baden-Württemberg im nationalen Vergleich sehr gut ausgestattet. Ein erheblicher Teil der Mittel steht den Hochschulen zur eigenverantwortlichen Verwendung zur Verfügung. Trotz absehbarer Rückgänge bei den Studierendenzahlen wurde mit der HoFV III eine verlässliche Grundfinanzierung vereinbart, die Lohnsteigerungen vollständig übernimmt, Sachkosten inflationsbereinigt ausgleicht und darüber hinaus aufwachsende Mittel im Stellenbereich von 0,8 % jährlich garantiert – im Ländervergleich eine sehr gute Ausstattung. Dadurch sind die Hochschulen weniger abhängig von externer oder projektbezogener Einflussnahme und können ihre strategischen Entscheidungen in Forschung und Lehre selbstständig treffen.

Werden Sie die Autonomie der Wissenschaft durch ein neues, schlankes Hochschulgesetz ausbauen, das bürokratische Fesseln löst und den Hochschulen echte Gestaltungsfreiheit in ihrer inneren Organisation gibt?

Die Hochschulen in Baden-Württemberg verfügen über ein hohes Maß an Autonomie und Selbstverwaltung, insbesondere in ihrer inneren Organisation, akademischen Steuerung und strategischen Profilbildung. Diese Eigenständigkeit wird durch die HoFV III weiter gestärkt (s.o.). Das Hochschulrecht ist fortlaufend zu evaluieren und bürokratische Auflagen sind immer zu hinterfragen. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Hochschulen und Politik. Wo Anpassungen notwendig sind, um Handlungsspielräume zu erweitern, sind wir immer ein Partner der Hochschulen – zuletzt etwa beim individualisierten Hochschulzugang. Handlungsbedarf sehen wir insbesondere bei schnelleren und einfacheren Berufungsverfahren sowie bei der Einbeziehung von Stiftungen etwa bei Bauten oder bei der Ausstattung, wenn die Gemeinnützigkeit betroffen ist. Aus unserer Sicht erschwert außerdem eine kleinteilige Förderbürokratie die Zusammenarbeit mit Unternehmen und den Transfer durch Ausgründungen und Startups. Und da ist die erleichterte Nutzung von Daten zu Forschungszwecken zum Beispiel im Bereich der Life Sciences nennen.

Hochschulstruktur, Transformation und Finanzierung

Angeichts demographischer Veränderungen, wirtschaftlicher Umbrüche und tiefgreifender ökologischer wie digitaler Wandelprozesse: Wie wollen Sie das Hochschul- und Wissenschaftssystem in Baden-Württemberg über 2030 hinaus strategisch und finanziell so aufstellen, dass es ein zentraler Treiber von Innovation und Wandel im Land bleibt?

Baden-Württemberg hat eine einmalige Hochschullandschaft. Die Dichte der Standorte und die Exzellenz der Akteure suchen ihresgleichen. Wir setzen auf eine strategische und finanzielle Absicherung der Hochschulen über 2030 hinaus, damit sie ein zentraler Treiber von Innovation und Wandel im Land bleiben. Zugleich ist es wichtig, alle Akteure sinnvoll zu vernetzen, die besten Köpfe zusammenzubringen, gelegentlich aber auch Aufgabenkritik zu üben. Dabei setzen wir auf einen zielorientierten Dialogprozess mit den Hochschulen und Hochschularten. Eine wachsende Aufgabe aller Hochschulen sehen wir im Bereich des Lifelong Learning. Als CDU-Fraktion im Landtag treten wir für eine vollständige Co-Finanzierung der Kosten für Forschungs- und Hochschulbauten gemäß Art. 91b GG aus dem Landeshaushalt ein. Zudem finanzieren wir die Exzellenzinitiative vollständig aus und unterstützen damit gezielt besonders erfolgreiche Universitäten. Wir machen uns für Ausgründungen und Spin-offs aus Hochschulen und Universitäten stark, um Forschungsergebnisse in Innovationen und wirtschaftliche Anwendungen zu überführen. Dazu unterstützt das Land Start-up-Hubs, Acceleratoren und regionale Gründerverbünde, stellt Fördermittel bereit und vernetzt Hochschulen mit wirtschaftlichen Partnern.

Wie positionieren Sie sich in diesem Zusammenhang zur Idee einer zehnten Landesuniversität, und welche Alternativen sehen Sie, um Qualität, Profilbildung und Kooperationen in der bestehenden Hochschullandschaft zu stärken?

Unsere Idee einer zehnten Landesuniversität hat frische Dynamik in die Debatte gebracht und ist ein wichtiger Baustein, um Baden-Württemberg strategisch in Künstlicher Intelligenz und deren Anwendung auf Zukunftsfelder weiter voranzubringen. Im Regierungsprogramm der CDU BW ist deshalb die Gründung einer neuen Landesuniversität in Form einer „University-Alliance“ mit Fokus auf KI und darauf basierenden Zukunftstechnologien verankert. Diese wird über zusätzliche Mittel finanziert werden und nicht auf Kosten der bestehenden Hochschulfinanzierung gehen. Ziel ist es, eine Universitätsallianz mit einer effektiven Governance zu etablieren, die eng mit den bestehenden Universitäten verknüpft ist und die zentrale sowie dezentrale KI-Studiengänge, Professuren und Forschungsprojekte umfasst. Dadurch sollen Synergien genutzt und Profilbildung sowie Kooperationsstrukturen gestärkt werden. Uns ist wichtig, dass eine solche Allianz nicht nur eigenständig exzellente Lehre, Forschung und Transfer voranbringt, sondern insbesondere in der Zusammenarbeit der bestehenden Hochschulen einen Mehrwert für das ganze Land schafft. Die Verknüpfung bereits starker Forschungsschwerpunkte soll regionale Innovationsketten ausbauen und Baden-Württemberg als globalen Wissenschaft- und Technologie-Standort profilieren.

Studium und Studienstandort

Was planen Sie, damit Baden-Württemberg ein attraktiver Studienstandort für einheimische wie internationale Studienbewerberinnen und -bewerber bleibt – insbesondere mit Blick auf eine moderne Lerninfrastruktur (zeitgemäße Lehr- und Lernräume, leistungsfähige digitale Infrastruktur) sowie ausreichend bezahlbaren studentischen Wohnraum in den Hochschulstädten?

Baden-Württemberg muss weiter als attraktiver Studienstandort für einheimische und internationale Studierende gestärkt werden. In den letzten zehn Jahren wurden die Mittel für Sanierungen und Neubauten von Hochschulgebäuden auch auf Betreiben der CDU-Fraktion verdoppelt, gleichzeitig wird die moderne Lerninfrastruktur ein zentrales Handlungsfeld jeder neuen Landesregierung bleiben. Auch beim studentischen Wohnraum wurde bereits durch das Bundesprogramm „Junges Wohnen“ viel erreicht, um den Ausbau zu beschleunigen. Wir wollen weiterhin Bauvorgaben reduzieren und modulare Baukastensysteme einsetzen, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum in Hochschulstädten schnell und effizient zu schaffen. Um Studierende auch aus dem außereuropäischen Ausland zu gewinnen, ist insbesondere eine gute Betreuung im Sinne des Collegeprinzips wichtig. Es ist sinnvoll, bestehende Studiengebühren gezielt für ein attraktives Angebot einzusetzen.

Mit welchen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass Absolventinnen und Absolventen der baden-württembergischen Schulen über ausreichende Grundkenntnisse in den Kernfächern, insbesondere in Mathematik und Deutsch, verfügen, um ihr Studium erfolgreich absolvieren zu können?

Ein Schulabschluss in Baden-Württemberg muss für verlässlich vermittelte Bildungsinhalte und -standards stehen. Deshalb ergänzen wir die kompetenzorientierten Bildungspläne so, dass gesichertes Fach- und Faktenwissen als solide Basis für fachbezogene und überfachliche Kompetenzen vermittelt wird. Die Gymnasien sollen mit einem Fokus auf Leistungsexzellenz echte Studierfähigkeit vermitteln. Das neue G9 schafft dafür Raum für Persönlichkeitsbildung, vertieftes Lernen und Begabungsförderung. Zudem setzt sich die CDU-Fraktion für eine landesweite MINT-Strategie ein, um Kompetenzen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik systematisch zu stärken. Wir stehen für ein konsequentes Fördern und Fordern der Lernenden von klein auf. Dazu soll flächendeckend eine digital gestützte Lernverlaufsdiagnostik eingesetzt werden, die Lehrkräften und Lernenden regelmäßige Rückmeldungen zu Lernfortschritten in Deutsch und Mathematik liefert und bei Lernrückständen evidenzbasierte Fördermaßnahmen auslöst. Bildungsmonitoring und Ressourcensteuerung sollen dabei Hand in Hand gehen: Die Ressourcenzuweisung wird stärker an den konkreten Problemlagen der Schulen und ihrer Schülerschaft ausgerichtet, und multiprofessionelle Teams werden insbesondere an Standorten in sozial benachteiligten Lagen ausgebaut. Laufende Modellversuche werden zügig evaluiert, um wirksame Ansätze dauerhaft zu verstetigen.

Hochschulbau, Bauherreneigenschaft und Innovation

Welche konkreten Schritte planen Sie, um den Sanierungsstau an den Hochschulen in Höhe von über 10 Mrd. Euro abzubauen, Planungs- und Bauprozesse zu entbürokratisieren, und werden Sie die Mietkosten für Ersatzflächen in Höhe von 18,6 Mio. Euro im Landeshaushalt so verankern, dass sie nicht zulasten der für Studium, Lehre und Wissenschaft vorgesehenen Mittel gehen?

Sind Sie bereit, den Universitäten optional die Bauherreneigenschaft zu übertragen, und werden Sie sicherstellen, dass die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Personalkapazitäten direkt in den Projektmitteln enthalten sind?

Wir setzen darauf, Vermögen und Bau schlagkräftiger zu machen, um den Sanierungsstau an den Hochschulen aktiv abzubauen. Als CDU-Fraktion wollen wir die Mittel daher weiter erhöhen. Vermögen und Bau soll eng mit externen Partnern zusammenarbeiten und insbesondere die Vorteile standardisierter Bauweisen nutzen, um zeitgemäße Forschungs-, Lehr- und Lernräume sowie eine leistungsfähige digitale Infrastruktur bereitzustellen. Zudem wollen wir auch die Möglichkeit der Übertragung der Bauherreneigenschaft ausweiten, so dass Universitäten und Universitätskliniken eigenverantwortlich Projekte steuern können. Gerade bei Standardbauten wollen wir zudem die Zusammenarbeit mit externen Partnern ermöglichen, die solche Gebäude effizient erstellen. Finanziell wird die Bauoffensive konsequent fortgeführt: Die Mittel aus Sondervermögen und der Schnellbauinitiative werden auf unser Drängen zusätzlich für Investitionen bereitgestellt, mit klarem Fokus auf Universitäten, medizinische Fakultäten und Universitätskliniken.